

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

3. Stadtverordnetenversammlung vom 3. Dezember 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 11/08

► Tierheim ► Jugendpolitik ► Minderheiten



Es ist Bewegung in die Sache gekommen. Angeblich ist die Stadtverwaltung endlich in Verhandlungen mit den Eignern der Weißen Flotte eingetreten. Angeblich wird derzeit über Standortvarianten für einen festen Bau diskutiert, wie die Baubeigeordnete auf Anfrage der Linksfraktion erläuterte. Die LINKE wird an diesem Thema dranbleiben, da es aus ihrer Sicht ein wichtiges für die Wirtschaftsförderung der Stadt ist, das nicht der „Wiedergewinnung der historischen Mitte“ geopfert werden darf.

Die Verwaltung berichtete

Wieder Streit ums Tierheim

Da der Oberbürgermeister nicht persönlich den allmonatlichen Bericht erstatten konnte, gab die Sozialbeigeordnete die von den LINKEN geforderte Information über die aktuelle Situation in Bezug auf ein Tierheim auf dem Territorium der Landeshauptstadt. Derzeit laufe die europaweite Ausschreibung für eine dauerhafte Lösung, so Elona Müller. Man habe dabei die geforderten Kriterien berücksichtigt, dass es einen Standort in Potsdam geben solle. Vorgelagert wurde eine deutschlandweite Ausschreibung für eine „temporäre Zwischenlösung“. Dabei soll ein Standort und ein Betreiber in Potsdam oder im Umland bis 30 km Entfernung gefunden werden. Voraussetzung sei, dass die Stadt

keinen Standort zur Verfügung stellt. Für die Zwischennutzung im ehemaligen Tierheim in Wildpark, wie von der LINKEN gefordert, gäbe es keinen Antrag. Dieser hätte an das Veterinäramt gestellt werden müssen einschließlich Zuverlässigkeitsnachweise für die Mitarbeiter und den Nachweis für die tierschutzgerechte Unterbringung. Der Tierschutzverein habe diesen Antrag nicht gestellt und auch nicht die geforderten Nachweise erbracht. Zudem befinde sich die Stadt noch immer in einem Rechtsstreit mit dem Verein. Der KIS prüfe derzeit die weitere Nutzung des Geländes, doch schon jetzt sei sicher, dass für die Erfüllung der Auflagen Investitionen getätigt

Fortsetzung auf Seite 3



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

obwohl in dieser Sitzung fast alle Anträge, die zur Wiedervorlage auf der Tagesordnung standen, zurückgestellt wurden, hatten wir gut zu tun. Persönlich enttäuscht bin ich darüber, dass wir keine Mehrheit für unseren Antrag erhielten, dass sich der Oberbürgermeister wegen seiner Entgleisung gegenüber den jungen Leuten, die bei der 2. StVV-Sitzung ein Rederecht erzwungen, entschuldigen soll. Er habe nur die Methoden mit denen von Nazis verglichen, nicht die jungen Leute selbst, so die Begründung. Und im Übrigen solle man doch jetzt nach vorn schauen und nicht dieses Zitat, das zudem durch eine Indiskretion an die Presse gelangt sei, überbewerten. Und: Wir sollten doch nicht Täter und Opfer verwechseln. Ich sehe das anders. Tatsache ist, dass junge Leute immer mehr aus der Stadtmitte verdrängt werden. Egal mit welchen Argumenten man das schön reden will, egal ob man darüber diskutiert, was zuerst da war, die Henne oder das Ei. Es bleibt festzustellen, dass die Innenstadt so gut wie Jugendkultur-frei geworden ist. Und aus unserer Sicht hat sich die Verwaltung – obwohl bereits im April 2008 durch die StVV beauftragt - eben nicht ausreichend bemüht, für die geschlossenen Einrichtungen von Spartakus und S 18 Ersatzlösungen zu finden. So ist es verständlich, dass die jungen Leute enttäuscht reagierten und die Stadtverordneten aufrütteln wollten. Über die Art und Weise muss man reden, aber das Problem besteht weiter.



In diesem Sinne wünsche ich Ihnen – auch im Namen meiner Fraktion – eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2009

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL

★ Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2009. ★



im Dezember Von Jana Schulze

Sozial auch nach Weihnachten

Im Fernsehen hat wie in jedem Jahr in der Vorweihnachtszeit der Spendenmarathon mit Jauch, Gottschalk und Co. Hochkonjunktur. Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise sitzt das Geld bei zahlreichen Bürgern noch locker. Auch in Potsdam finden Benefiz- und Weihnachtsfeiern für bedürftige Kinder statt. In der Potsdamer Suppenküche, bei den Tafeln wird in dieser Zeit besonders an die Kleinen gedacht. Vielen Dank den zahlreichen, meist ehrenamtlichen Helfern. Im zu Ende gehenden Jahr hat DIE LINKE mit zahlreichen Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung dafür gekämpft, dass ein kostengünstiges Mittagessen für sozial benachteiligte Schulkinder möglich gemacht worden ist. Das Erfordernis, dieses Mittag allen bedürftigen Kindern kostenfrei zur Verfügung zu stellen, hat leider keine Mehrheit gefunden. Die ersten Ergebnisse der begleitenden Befragung durch die Arbeiterwohlfahrt haben aber gezeigt, dass Potsdam das erforderliche Geld für ein kostenloses Mittag für alle Schüler in den Haushalt einstellen muss. Allein die rasant gestiegenen Zahlen von Essenteilnehmern an der Priesterweg-Schule in Drewitz von 20 auf ca. 180 Schüler seit September 2008 sind ein Beweis von vielen. So werden wir unseren Antrag vom 12. November für ein kostenloses Schulessen, der im Finanzausschuss erneut von CDU, SPD, FDP/Familienpartei und Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt wurde, spätestens in den Haushaltsberatungen für 2009 wieder aufrufen. DIE LINKE wird sich wie bisher das ganze Jahr für mehr soziale Gerechtigkeit für alle Potsdamer Bürger einsetzen.

Die Autorin ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der StVV

Werden die fraktionslosen Stadtverordneten der Anderen und des Bürgerbündnis nun doch einen Raum für ihre Arbeit im Haus der Stadtverwaltung erhalten. Nach langer intensiver Diskussion bekannte sich eine knappe Mehrheit der StVV – erstmals mit einigen Stimmen aus der neuen Rathauskoalition – für dieses Anliegen. Nur bei der Forderung, diesen fraktionslosen Stadtverordneten auch einen Minimalgeldbetrag für die Finanzierung ihrer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, hielt die Koalition und lehnte dieses verständliche Anliegen, für das sich auch die LINKEN stark gemacht hatten, ab.

Finanzierung der freien Träger in der Schiffbauergasse

Karin Schröter begründete den Antrag der LINKEN, dass die bisherige Finanzierung der freien Träger der Schiffbauergasse evaluiert werden sollen und darauf fußend Vorkehrungen für den Haushalt 2009 zu treffen sind. „Wir sollten uns darauf besinnen, dass in der Schiffbauergasse ein einmaliges Kulturensemble aufgebaut wurde“, so Karin Schröter. Die StVV solle sich auch ihrer finanziellen Verantwortung dafür bewusst werden. DIE LINKE will die finanzielle Sicherstellung der freien Träger erreichen. Mit ihrer „Grußbotschaft an den Kämmerer“ wolle sie verdeutlichen, dass schon wegen der Betriebskostenerhöhung eine Aufstockung der Mittel nötig sei. Da noch Diskussionsbedarf gesehen wurde, beraten nun die Ausschüsse.

Hochschulbeauftragter

Jens Gruschka, DIE LINKE, selbst Referant für Sozialpolitik im ASTA, warb für den LINKEN-Antrag, in der Landeshauptstadt eine Stelle für eine/n Hochschulbeauftragte/n einzurichten. Obwohl es in Potsdam rund 28.000 Studierende gäbe, von denen ca. 70 Prozent in Potsdam leben, gibt es keine institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den einzelnen Hochschulen. Auch dieser Antrag wird in den Ausschüssen weiter behandelt.

Anwohnerparkplätze auf dem Kiewitt

Obwohl die Verwaltung zusicherte, dass eine kurzfristige Untersuchung, wie zusätzliche Anwohnerparkplätze auf dem Kiewitt geschaffen werden könnten, möglich ist und man sich diesem Thema zuwenden und bis April 2009 informieren würde, forderte der SPD-Stadtverordnete Seidel eine Überweisung des Antrags, da „die Zielführung des Antrages noch einmal beraten werden müsse“. So geschieht es dann auch.

Arbeitszeit Schulsekretärinnen

Es sei an der Zeit, die Arbeitszeit der Schulsekretärinnen differenziert zu erhöhen und damit bis zum Schuljahr 2009/2010 den realen Erfordernissen der veränderten Potsdamer Schullandschaft anzupassen, so Hella Drohla zur Begründung eines entsprechenden Antrags der LINKEN. Die bisher gängigen Zeitvarianten, täglich von 8-12 Uhr oder an drei Tagen in der Woche von 8-14 Uhr entsprechen nicht mehr den heutigen Erfordernissen, so Hella Drohla. Zur weiteren Beratung wurde der Antrag überwiesen.

Potsdamer Toleranzedikt

Der Hauptausschuss wird sich mit dem von Pete Heuer, DIE LINKE, begründeten Antrag befassen, ob der OB dazu beauftragt werden soll, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Toleranzediktes bis März 2009 vorzulegen. Pete Heuer hatte darauf verwiesen, dass das Edikt viel Akzeptanz gefunden habe. Es sei an der Zeit, ein Konzept zu erstellen, damit das Edikt noch mehr in der Stadt verinnerlicht werden kann.

ÖPNV mehr nutzen

Erneut wurde ein beschlussreifer Antrag auf Wunsch des SPD-Stadtverordneten Seidel in die Ausschüsse überwiesen. Diesmal ging es darum, dass die LINKE erreichen will, dass zusätzliche Potenziale zur verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen werden. Anita Tack hatte zuvor dafür geworben, dass „wir das gemeinsame Anliegen transportieren wollen, den ÖPNV in Potsdam stärker zu nutzen. Zumal Potsdam über ein gutes und modernes ÖPNV-System verfüge. Reserven sehe die Fraktion u. a. in der Parkleitzentrale, aber auch bei P+R-plätzen. Ziel sei zudem Stauabbau auf den Straßen und eine Verringerung der Umweltbelastung.“

☺ Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Hella Drohla, DIE LINKE, wollte wissen, wie das Schuldverwaltungsamt und das Schulamt ihrer lenkenden Beratung und Aufsichtspflicht bei der Einrichtung der drei Bildungsgänge in den Potsdamer Gesamtschulen nachgekommen sind. Die Beigeordnete stellte klar, dass die Aufgaben der Ämter klar im Schulgesetz geregelt seien, dass die Wahlmöglichkeit bei den Eltern liege und dieses beachtet werden müsse. So gäbe es keine Eingriffsmöglichkeit, wenn sich die vorgeschriebene Drittellösung nicht einhalten lässt.

☺

Karin Schröter, DIE LINKE, erkundigte sich nach dem Ergebnis der angekündigten Ausschreibung für die Stelle Marketing und Kommunikation für die Schiffbauergasse. Die Beigeordnete stellte klar, dass es künftig eine neue Struktur geben, die im Januar 2009 vorgestellt werde, dann wird es eine Mitteilungsvorlage für die Stadtverordneten geben, nach der dann ggf. auch über eine Ausschreibung zu entscheiden sei.

☺

Die Verwaltung habe gehandelt, stellte die Baubeigeordnete auf die Anfrage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, nach dem Stand der Änderung der Sanierungsziele im Teilbereich „Lustgarten“ dahingehend, dass das wassertouristisch orientierte Serviceangebot der Weißen Flotte verbessert werden kann. Die Änderung der Sanierungsziele nehme jedoch einen längeren Zeitraum in Anspruch, man habe jedoch noch einmal eine grundsätzliche Untersuchung zum zusätzlichen Raumbedarf vorgenommen. Nun sei man im Gespräch mit der Weißen Flotte über verschiedene Standortvarianten. In der 50. Kalenderwoche werde es weitere Gespräche geben.

Falls keine mittelfristige Lösung möglich sein, könnte es noch einmal eine Ausnahmeregelung für die nächste Saison geben. Die StVV werde jedoch im Januar über den Verfahrensstand informiert.

☺

Da der Oberbürgermeister vor der Kommunalwahl zugesichert hatte, in der gesamten Verwaltung ein qualifiziertes Beschwerdemanagement einzurichten, erkundigte sich Hans-Jürgen Scharfenberg nach dem aktuellen Stand. Derzeit werde ermittelt, wie dieser Prozess gestaltet werden kann. Ab Anfang 2009 werde es eine Ausschreibung geben

☺

Was die Stadtverwaltung in Abstimmung mit der Landesregierung erreicht habe, um über Anreizsysteme, z. B. Jobticket, eine stärkere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Beschäftigten der Landesverwaltung zu erreichen, fragte Anita Tack, DIE LINKE. Mit dem Verweis darauf, dass der Vertrieb von Fahrscheinen Sache des Unternehmens und nicht der Verwaltung sei. Im Übrigen sei das Jobticket „wenig reizvoll“, da es nur eine Rabattierung von 5 % enthielte. Es werde jedoch weiter „eine Menge getan“, um Jobtickets anzubieten. Das mache jedoch der Verkehrsbetrieb für die Verwaltung. Die eventuelle Ausweitung von P+R-Parkplätzen sei zudem „eine jährliche Aufgabe“.

☺

Ob es Bestrebungen gäbe, durch Erwerb oder Miete den Weiterbetrieb des Spartakus am vorherigen Ort in der Schlossstraße zu ermöglichen, wollte Ralf Jäkel, DIE LINKE, erfahren. Nein, so die Beigeordnete. Die Immobilie steht nicht zum Verkauf, der Eigentümer ist nicht bereit, an die

bisherigen Nutzer weiter zu vermieten, was im Übrigen durch den Staffelmietvertrag auch für diese nicht finanzierbar wäre.

☺

Um den Kulturträgern abweichend von der bisher gültigen Satzung die Werbung für Veranstaltungen zu erleichtern, müsse es zwingend eine Satzungsänderung geben, so die zuständige Beigeordnete auf Anfrage von Karin Schröter. Es sei jedoch alles in Vorbereitung, schließlich solle es ja auch Werbeerleichterungen für Veranstaltungen geben.

☺

Derzeit nehmen 676 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit eines bezuschussten Mittagessens in der Schule wahr, bei 10 werde die Härtfallregelung und damit ein kostenloses Schulessen angewandt. Diese Zahlen seien im Vergleich zum Vormonat „leicht angestiegen“, so die zuständige Beigeordnete auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg.

☺

Ob die Verwaltung tatsächlich Spielräume für die Finanzierung des Stadtkanals sehe, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen, denn kürzlich hatte eine Tageszeitung berichtet, dass der OB sich dafür ausgesprochen habe, die Freilegung des Kanals durch städtische Mittel zu beschleunigen. Bislang war Konsens in der StVV, dass dies nicht erfolgen solle. Die Baubeigeordnete räumte zwar ein, dass der entsprechende Beschluss der StVV bindend sei, doch auf mehrfache Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg schloss sie nicht aus, dass sich die Stadt an der Freilegung des Kanals beteiligen werde. Dies sei im Übrigen alles im Haushaltplan der Stadt – auf Seite 484 – enthalten.

Fortsetzung von Seite 1

Die Verwaltung berichtete **Wieder Streit ums Tierheim**

werden müssten, die in keinem Verhältnis zur beabsichtigten temporären Nutzung für ca. ein und einviertel Jahr stehen würden. Das Pfötchenhotel habe seinerzeit rechtmäßig den Zuschlag für die Betreuung der Potsdamer Fund- und Abgabetiere erhalten, was zwischenzeitlich auch durch die Kommunalaufsicht bestätigt worden sei. Und im Übrigen habe die Diskussion gezeigt, dass in der Wildparkanlage keine art- und tierschutzgerechte Unterbringung gewährleistet sei. Die Verwaltung bemühe sich jedoch, die Unterbringung der Tiere über den 01.01.09 hinaus zu sichern. Der

Tierschutzverein könne sich ja bewerben, wie jeder andere auch.

Hans-Jürgen Scharfenberg stellte noch einmal klar, dass es Ziel sei, die Tiere möglichst in Potsdam zu betreuen. Dazu sei der Tierschutzverein bereit. Dieser habe vor Antragstellung zunächst nachgefragt, ob die Wildparkimmobilie überhaupt zur Vermietung stehe, was durch den KIS verneint wurde. Im Hauptausschuss sei eine Prüfung verlangt worden, das schriftliche Ergebnis liege noch immer nicht vor. In Bezug auf die von der Beigeordneten angesprochenen unverhältnismäßigen Investitionen klärte der LINKEN-Fraktionsvorsitzende auf, dass es eindeutige Informationen gibt, wonach Sponsoren bereits wären, diese zu finanzieren. Das Gelände sei, davon habe er sich selbst überzeugt, durchaus reaktivierbar. Zudem sei eine ungenutzte städtische Liegenschaft doch unrentabel.

Die Verwaltung berichtete

Zukunft des „Minsk“ weiter unklar

Da der Oberbürgermeister nach Hinweis der LINKEN zugesichert hatte, auch über die Zukunft des Restaurants „Minsk“ berichten wollte, forderte Hans-Jürgen Scharfenberg diese Information ein, die schließlich der Bürgermeister gab, mit dem Hinweis, dass er da nicht so im Stoff stehe. Vom Jugendklub Spartakus liege eine Kostenschätzung vor, die jedoch erst einmal auf Schlüssigkeit geprüft werden müsse. Tatsache sei jedoch, dass man sich „stadtplanerisch keinen guten Dienst erweise“, wenn man sich jetzt auf die Nutzung für die Jugendkultur festlegen würde. Die Prüfung dauere noch an, man werde dann berichten.



Heute: Fahrland

Den Anfang gemacht

Nachdem DIE LINKE bei den Wahlen im September zum ersten Mal für den Ortsbeirat Fahrland kandidierte, konnten wir mit fast 19% der Stimmen das zweitbeste Ergebnis aller Parteien/Listen erzielen. Ein gutes Ergebnis fast aus dem Stand. Wir stellen mit Antje Sroka und Olaf Willuhn zwei von neun Mitgliedern im neuen Ortsbeirat und seit der konstituierenden Sitzung mit Olaf Willuhn auch den stellvertretenden Ortsvorsteher.

In die erste reguläre Sitzung im November brachten wir dann sieben Anträge ein, von denen sechs einstimmig angenommen wurden. Einen Antrag zogen wir nach Beratung zurück. Die Anträge stellen so etwas wie das Arbeitsprogramm des neuen Ortsbeirates dar, umfassen die neue Prioritätenliste der Investitionen im Ortsteil, fordern die Sperrung des Waldgebietes

zwischen Kartzow und Fahrland für den PKW-Verkehr (zur Müllvermeidung) sowie gemeinsame Aktionen mit den Ortsbeiräten in Neu Fahrland und Satzkorn zum Wanderweg um den Fahrländer See bzw. zum Fahrradweg von Satzkorn nach Fahrland, der besonders als sicherer Schulweg wichtig ist. Auch die Einbeziehung von Vereinen, Initiativen und Verbänden in die Arbeit des Ortsbeirates konnte auf den Weg gebracht werden. Diese sollen künftig systematisch eingeladen und zu ihren Problemen gehört werden.

Wichtig für uns wird die weitere Beteiligung an den Bürgerkonferenzen werden, die ein besseres Miteinander im Ortsteil erreichen will, sowie eine noch bessere Vernetzung zu den Vereinen und Initiativen im Ortsteil. Der Anfang ist auch hier gemacht. Antje Sroka, Hilde Reichert, Manni Kort und Olaf Willuhn sind bei den Bürgerkonferenzen aktiv dabei.

Nach einer Information von Olaf Willuhn



Behindertengerechte Wahllokale

Jana Schulze begründete den einstimmig von der StVV angenommenen Linksfraktionsantrag, wonach der OB die Wahllokale in der Stadt auf behindertengerechte Zugänglichkeit zu überprüfen und für die im Jahr 2009 anstehenden Wahlen nach Möglichkeit mit mobilen Rampen die freie Zugänglichkeit zu gewährleisten. Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten im März 2009 zur Kenntnis gegeben werden.

Fragerecht der Stadtverordneten

Die neue Kommunalverfassung hat so ihre Tücken, die im Detail stecken. U. a. ist da die Rede davon, dass die „missbräuchliche Verwendung“ des Fragerechts der Kommunalvertreter dem geordneten Verwaltungsvollzug entgegen stehen. Im Klartext, die Stadtverordneten sollen nur dann noch Fragen an die Verwaltung richten können, wenn sie den Nachweis erbringen, dass deren Beantwortung für die Ausübung ihres Mandats notwendig sei. Anlass für die LINKEN, den Antrag zu stellen, dass bis zur Beschlussfassung über eine neue Geschäftsordnung der StVV die bisherigen Regelungen zum Umgang mit Anfragen der Stadtverordneten zugrunde gelegt werden. Der Antrag wurde mit dem Zusatz „soweit dem nicht Regelungen der Kommunalverfassung entgegenstehen“ angenommen. Die Reaktion der Verwaltung auf diesen Antrag lässt jedoch befürchten, dass es künftig schwieriger wird, Sachverhalte zu hinterfragen.

Minimal-Kaufhalle am Kepler-Platz

Auf Antrag der LINKEN, den Rolf Kutzmutz begründete, beschloss die StVV, den OB zu beauftragen, ein Konzept zur städtebaulich verträglichen Nutzung des Areals der ehemaligen minimal-Kaufhalle am Kepler-Platz zu erarbeiten. An diesem Platz ist viel positives passiert, so Rolf Kutzmutz, es gäbe aber noch immer wenigstens zwei Ärgernisse. Das ehemalige Postgebäude, wo jedoch auf absehbare Zeit keine Lösung in Sicht sei und die ehemalige Minimalkaufhalle. Bislang gab es immer wieder die Ausrede, dass man dort wegen eines bestehenden Mietvertrages nichts machen könne. Nun laufe der Vertrag jedoch aus und das alte Argument sei vom Tisch. Es sei nun an der Zeit, sichtbare Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dies akzeptierte eine Mehrheit der Stadtverordneten und folgte dem Antrag.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
15. Dezember 2008; 05.; 12.; 19. und 26. Januar 2009; 09. Februar 2009

4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal, 28. Januar 2009, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz, 01. Februar 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 1/2009

Stadthaus, Raum 3.107, 06. bis 11. Februar 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

06. Februar 2009	14:00 Uhr	Marktcenter, Breite Straße
	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
07. Februar 2009	10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz
	10:00 Uhr	REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL am 13. Januar 2009, 17-19 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen). Voranmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Jahres-Abo **RATHAUSREPORT**: Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den „Rathausreport“ abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für das Jahr 2009 für 9 Ausgaben Briefmarken im Wert von 9 x 0,60 EUR (für Büchersendung) an die Fraktion

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119